

# Freie Presse

Anzeigenpreis: Die fliegende Postkarte 10 Wfa. — An Land 30 Wfa.  
Die fliegende Postkarte 2 Wfa. — Für die Vorarbeiten Sonderkass.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgen. Montag: mittags. Die Post  
in Lodz und Umgebung wöchentlich 1 Mark 25 Pfennige, monatlich 5.— Mark.

Nr. 36

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 80

2. Jahrgang

## Für die Beschleunigung des Friedensschlusses.

Der Einfluss der Arbeiterschaft auf die Friedenskonferenz. — Die drei Etappen des Völkerbundes. Abänderung der Geheimverträge.

Holländisch Neuenbureau meldet aus Paris: Um die Tätigkeit der Konferenz abzukürzen, sind die Mächte übereingekommen, alle Probleme, die weniger wichtig sind, dem Völkerbund zu überlassen. Die überall in der Welt vorhandene Sehnsucht, den Friedensvertrag zu beschleunigen, hat diesen Einfluss auf die Gruppe der siegreichen Nationen gehabt, die ihre Ziele möglichst schnell verwirklichen wollen. Falls die Konferenz selbst alle großen und kleinen Fragen erledigen sollte, so würde sie hierzu mindestens ein Jahr benötigen. Während dieser Zeit müßten die alliierten Streitkräfte unter den Waffen bleiben. Die Demobilisation würde verzögert, der wirtschaftliche Wiederaufbau auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben und die Welt würde in einem Zustand von Unordnung bleiben. Der unüberwindliche Drang von allen Seiten, soviel wie möglich Verzögerungen zu vermeiden, hat nun bewirkt, daß die Großmächte zu dem Entschlusse gekommen sind, vorläufig alle Angelegenheiten ruhig zu lassen, die nicht von aktueller Bedeutung sind. Die einzige Schwierigkeit, auf die man stößt, ist die, daß jede einzelne Regierung ihre Angelegenheiten für die wichtigsten ansieht. Sie glaubt dann, mit ihrer Lösung auf die Gründung des Völkerbundes nicht warten zu können. Um diese Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen, wird es wohl nötig sein, daß die Großmächte gegenüber den kleinen Nationen eine energischere Haltung einnehmen, als sie dies bisher getan haben.

Der „Daily Telegraph“ macht Mitteilung über den Inhalt der Kommissionsbesprechungen der alliierten Friedenskonferenz über

### die Arbeiterfrage.

Das Ziel dieser Besprechungen ist ein doppeltes. Erstens: die Aufrechterhaltung aller der Verbote und Gegenmaßnahmen der Arbeiterschaft, die von den verschiedenen Nationen in normalen Zeiten aufgestellt wurden, und zweitens: darüber hinausgehend, die Sicherung des Grundgesetzes, daß die Arbeiter zukünftig unter zufriedenstellenden wirtschaftlichen Bedingungen arbeiten sollen, die nicht bloß durch nationale, sondern auch durch internationale Festlegungen garantiert werden. In Paris erblüht man hierin das Zugeständnis, daß ein Völkerbund sich nicht verwirklichen läßt, ohne daß die Arbeiterschaft aktiv an der Verwirklichung mitwirkt. Man hält es allerdings nicht für sicher, daß die Arbeiterschaft selbst diese Stellungnahme anerkennen wird. Die Arbeiterschaft will ihre eigene Stimme erheben und ihre eigenen Forderungen aufstellen.

So erklärt „Daily Telegraph“, die Verhandlungen werden damit beginnen, daß die Meinung jeder Regierung über die zweckmäßigste Zusammenfassung eines Komitees eingehend wird, das darüber zu beschließen hat, welche Probleme der Arbeiterfrage sich zur internationalen Behandlung eignen. Als solche Probleme gelten bereits Festlegungen über die Anzahl der Arbeitsstunden in der ganzen Welt und Festlegungen über „unentbehrliche Arbeitsbedingungen“. Die Anzahl der Arbeitsstunden, die die Unternehmer von den Arbeitern fordern können, ohne sich einer Bestrafung auszusetzen, werden entsprechend der in jedem Lande wechselnden Leistungsfähigkeit des Arbeiters bestimmt werden. Man rechnet z. B., daß der russische Arbeiter zehn Stunden zu einer Leistung gebraucht, zu der ein Amerikaner nur fünf oder sechs benötigt. Es steht fest, daß gewisse Staaten nicht willens sind, Bestimmungen über sich ergehen zu lassen, die die Produktivität ihres Landes beschneiden würden. Es wird erwartet, das Deutschland von vornherein Einschränkungen ablehnen würde, die zur Folge haben müßten, daß die militärische Leistung des deutschen Gebietes sich ins Endlose verlängerte, weil durch die Arbeiterbeschränkungen die Kriegsentlastung nur langsam bezahlt werden könnte. Auch Japan protestiert, weil es scheint, denn es hat sich gewinnbringende Märkte im fernem

Osten gesichert und Vorrichtungen getroffen, um zu niedrigen Preisen zu liefern.

Schwierig ist auch die Frage der internationalen Kontrolle, die ein besonderes Überwachungsorgan notwendig machen würde, dessen Einmischungen von den nationalen Regierungen unangenehm empfunden werden würde. Trotzdem will man infolge der Stimmung in der Arbeiterwelt versuchen, diesen Teil der internationalen Organisation durchzusetzen. Man ist der Ansicht, daß die gegenwärtige Gährung nicht aufhören wird, bevor nicht ein Umschwung erfolgt ist. Ein Umschwung nicht nur in den krieglichen Lebensumständen der Arbeiter, sondern auch im Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Ferner in der Frage der Verhältnisse zwischen Arbeitsschäften und Arbeiterwohnungen, in den Fragen der Bewegung des Arbeitsmarktes überhaupt und der Beziehungen zwischen den arbeitenden Massen und dem begüterten Mäßigkeit. Es scheint, daß der Konferenz vor allen Dingen daran liegt, einen Anfang zu machen. „Daily Telegraph“ erklärt, auf der Konferenz sei das Gefühl allgemein, daß die gegenwärtigen Arbeiterunruhen nur eine Episode in dem unaufhaltsamen Aufstieg der Massen seien, und daß die Konferenz diese handele, wenn sie diese Entwicklung des sozialen Auswuchses unterstütze und in geordnete Bahnen schiede.

Leon Bourgeois erklärte einem Mitarbeiter des „Petit Journal“:

### der Völkerbund

werde in drei Etappen begründet werden. Erste Etappe: die Pariser Konferenz bestimmt die fundamentalen Regeln der Organisation des Völkerbundes, der zunächst nur die Völker umfaßt, die an der Pariser Konferenz teilnehmen. Zweite Etappe: auf der Friedenskonferenz, an der die feindlichen Delegierten teilnehmen, wird Deutschland der Eintritt in den Völkerbund als Friedensbedingung auferlegt werden. Der Völkerbund wird das obligatorische Schiedsgericht und die Begrenzung der Rüstungen umfassen. Dritte Etappe: eine Weltkonferenz, deren Einberufung im Friedensvertrag bestimmt werden wird, und an der alle Staaten, die es wünschen, teilnehmen können. Die Konferenz wird über die Garantien bestimmen, die von den neu eintretenden Mitgliedern verlangt werden. Auf die Anfrage des Mitarbeiters, ob Deutschlands sofortiger Eintritt in den Völkerbund bewilligt werde, erwiderte Bourgeois, Deutschland und seine Alliierten müssen natürlich, um denselben Rang einzunehmen, wie die übrigen Nationen, den Beweis erbringen, daß sie keine Eroberungsgelüste mehr haben und daß sie die von ihnen veranlaßten Zerstörungen wieder gutgemacht haben.

Der in Paris weilende Direktor des „Secolo“ brachte nach besten amerikanischen Quellen über die Haltung Wilsons gegenüber der Konferenz. Zunächst wird berichtet, daß zwischen Wilson und Clemens eine einflussreiche Unterredung stattgefunden habe, bei der Lloyd George als Vermittler zwischen entgegengesetzten Ansichten fungiert habe. Wilson besche darauf, daß die Konferenz die vor Amerikas Kriegseintritt abgeschlossenen

### Geheimverträge der Alliierten

wieder zur Erörterung bringe, eventuell abändere. Denn alle Mächte hätten sich feierlich verpflichtet, den Frieden auf Grund der vierzehn Punkte Wilsons zu schließen. Ferner beharre Wilson auf der wirtschaftlichen Freiheit aller Länder und auf ihrem Rechte, Zugang zum Meere zu haben. So wünsche er, daß Konstantinopel, Danzig, Kiew, Gibraltar Freistädte würden. Alle kleinen Staaten sollen auf der Konferenz mit Wohlwollen angehört werden. Was Kleinstaaten betreffe, so beharre Wilson entgegen Hughes darauf, daß die Mächte sich lediglich als Mandatäre des Völkerbundes betrachten, und die Verwaltung der betreffenden Zonen unter Aufsicht des Völkerbundes ausüben. „Wilson“, so schließt der Direktor des „Secolo“, „heißt für Nationen die wärmsten Gefühle. Trotzdem ist die von den Jugoslawen in Paris eröffnete antitalienische Propaganda noch als sehr gefährlich anzusehen, denn sie arbeitet mit den gemeinsamen Mitteln, ja sogar mit gefälschten Dokumenten und

Photographien, um eine italienische Gravellegende zu schaffen und Italien vor der ganzen Welt zu verleumdern.“

## Die Entente und der polnisch-tschechische Konflikt.

Warschau, 5. Februar. (P. A. T.)

Ein Funkpruch aus Lwow, dessen Herkunft bis jetzt nicht festgestellt werden konnte, besagt: Die von dem Konflikt, der zwischen den Tschechen und den Polen im Fürstentum Teschen entzündet ist und dessen Folge die Besetzung des Kohlenbeckens Mährisch Ostrau und der Eisenbahnlinien Obersberg-Teschen-Tablonau ist, in Kenntnis gesetzter Vertreter der Großmächte sind hierüber folgender Meinung:

Sie erachten es für angebracht hervorzuheben, daß die Völker, die sich verpfichtet haben, sich dem Beschluß der Friedenskonferenz zu fügen, die strittigen Gebiete vorher nicht besetzen wollen. Sie nehmen die Verpflichtung zur Kenntnis, in der die Vertreter des tschechischen Volkes erklären, daß sie ihre Truppen endgültig an der tschechischen Eisenbahnlinie aufhalten werden. Bis zum Beschluß der Konferenz über die Zugehörigkeit der strittigen Gebiete wird ein Teil der Eisenbahnlinie nördlich von Teschen und des Kohlenbeckens von tschechischen Truppen besetzt werden, während die Linie südlich von Teschen, wie auch die Stadt selbst den polnischen Truppen abgegeben werden wird.

Die Vertreter der Großmächte erachten es für notwendig, eine Kontrollkommission zum Zweck der Verhütung aller Konflikte zwischen den Tschechen und Polen im Teschener Gebiet an Ort und Stelle zu entsenden. Diese Kommission wird außer den Maßregeln, die dort werden unternehmen werden müssen, das Material vorbereiten, auf Grundlage dessen die Friedenskonferenz über die endgültige Abgrenzung der strittigen Gebiete zwischen den Polen und Tschechen wird entscheiden können. Aufenthaltsort dieser Kommission wird Teschen sein.

Um die Eintracht zwischen den beiden besetzten Völkern zu befestigen, die zur Führung einer mit der Politik der alliierten Mächte vollkommen übereinstimmenden Politik berufen sind, geben die tschechischen Vertreter bekannt, daß ihre Regierung den Polen alle verfügbaren Mittel an Kriegsmaterialien zur Verfügung stellen, und alle Erleichterungen für die Durchfuhr von Waffen- und Munitionstransporten erteilen wird. Die Ausbeutung der Kohlengruben in den Bezirken Nowin und Ostrau wird fortgesetzt werden, wobei eine Verletzung von Rechten Privater vermieden werden wird und zwar unter Anwendung von Polizeiverordnungen, die die Lage erfordern sollte.

Die Kontrollkommission wird verpflichtet sein, darüber zu wachen, daß eine Menge von Kohle sichergestellt werde, die wirklich für die Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung erforderlich ist. In Erwartung der Entscheidung des Friedenskongresses werden die politischen Mahlen und die militärische Rekrutierung im Fürstentum Teschen vertagt. Keine Tat, die eine Annexion eines Teils oder des ganzen Fürstentums, sei es durch Tschechen, sei es durch Polen begreift, wird von einer der Parteien rechtfertigt durchgeführt werden dürfen.

### Der Vertragsbruch der Tschechen.

Prasau, 5. Februar. (P. A. T.)

Der Teschener Nationalrat teilt mit: „Durch den plötzlichen Ueberfall auf das Teschener Schlesien, der nicht mit Bevollmächtigung der Entente unternommen wurde, sondern auf Befehl der tschechischen Regierung hin, hat die tschechische Regierung den Vertrag vom 5. November v. J. gebrochen, den sie ohne irgendwelche Vorbehalte beschloß. Die Verletzung dieses Vbereinkommens befindet sich im Telegramm des

„Rząd Polski ogłosił pierwszy pobór do wojska dla obrony granic Ojczyzny. Akt ten podyktowany został istotną potrzebą, w przeświadczeniu, iż tylko własna siła pozwoli nam skutecznie spełnić obowiązki względem kraju, względem nas samych i naszych potomnych. Powołani do szeregów przeniknąć są winni myśłą, że idą bronić tego, co najświętsze dla człowieka i Polaka — wolności Ojczyzny przed najazdem wroga. Społeczeństwo winno go ocenić i spieszyć młodemu wojsku z pomocą, zwinąć klędy rząd swojemi środkami nie zdola tego uczynić!“

Popisowi pod broń!  
Wolny Polak nie zna co dezercja lub wahanie, kiedy potrzeba ojczysta woła go pod sztandary narodowe.“  
Społeczeństwo do pracy pomocniczej!  
Organizujcie patronaty powiatowe dla roztoczenia opieki nad popisowem!  
Wszyscy w miarę sił i możliwości do pracy dla utwardzenia wolności zbudzonej do nowego życia Ojczyzny!

Ministerstwo Spraw Wojskowych  
Szef Departamentu I  
Czerwinski, podpułkownik.

### OOHOTNICY!

Zgłaszajcie się do bataljonu saperów w Łodzi. Służba saperska polega na budowie okopów, mostów, dróg, na wysadzaniu mostów nieprzyjacielskich i t. d.

Potrzeba wielu cieśli, stolarzy, kowali, ślusarzy, górników, flisaków!  
Awans z powodu braku podoficerów, będzie następował szybko.

Zgłoszenia do łódzkiego bataljonu saperów przyjmuje referent techniczny Dowództwa Okręgu Generalnego Alojz Kościuszki 4, 3 piętro.

W innych miejscowościach Okręgu Generalnego najwyższa władza wojskowa.

Kuchinka  
podpułkownik i Szef Sztabu D. O. G.  
Łódź dn. 4. II. 1919.

„Narodni Vbor“ in Prag, das an den Teschener Nationalrat abgelehnt wurde. Dieses Telegramm lautet in der Uebersetzung wie folgt:

„Die Nachricht der „Narodni Vbor“, daß der „Narodni Vbor“ in Prag den Vertrag der Tschechen mit den Polen im Teschener Lande aufgegeben habe, beruht nicht auf Wahrheit. Der Vertrag geht weiter, so wie er mit Euch besprochen war. Gezeichnet: Der Narodni Vbor in Prag.“

Eine Abschrift dieses Telegramms und dessen Uebersetzung befindet sich in den Akten des Ministeriums des Auswärtigen in Warschau, das Original in den Händen des Teschener Nationalrats.

Zur Illustrierung der Handlungsweise der Teschener Regierung fügen wir hinzu, daß in dem Augenblick, als die als Ententeoffiziere verkleidete Herren Schneider und Veszta und andere Offiziere in einem der Säle des Teschener Schlosses dem Brigadier Latinsk ihr Ultimatum vorlegten, indem sie forderten, daß er binnen 2 Stunden mit dem Militär das Teschener Schlesien verlasse, befanden sich in einem anderen Saal desselben Schlosses tschechische Delegierte der Friedensmission, um Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Teschener Schlesien einzuholen, wobei sie Eintracht und Brüderschaft anboten.“

### Piłsudskis Dank.

Aus militärischen Kreisen teilt die P. A. T. mit: Im Namen des Landeseshes erhielt der Chef des Generalstabs anlässlich des verräterischen Einfalls der Tschechen in das Teschener Schlesien nachstehendes Dankschreiben:

Im Namen des Obersten Führers der Truppen danke ich den Truppenabteilungen, der schlesischen Miliz und allen denen, die zur Waffe griffen, um die uralte polnische Erde, das Teschener Schlesien, vor dem verräterischen Einfall der Tschechen zu verteidigen. Ich danke und drücke meine Anerkennung aus dem Herrn General Ologorski und seinem Stabe für die schnelle Organisation der Verteidigung, allen Offizieren, die unter so schwierigen Verhältnissen ihre Pflicht erfüllten, vor Allen aber dem Obersten Brigadier Latinsk für seine würdevolle und schiedene Haltung gegenüber den tschechischen Anmachungen, für seine Tatkraft und verhängende Leitung der Kampfsaktion, dem Kapitan Ghar Goller, der wie es einem polni-



den Offizier gelehrt, nicht vor der Ueberwindung des Feindes zurückzukehren und mit ihm einen aufopfernden Kampf auszufechten, und dem Mittelmehr die Lust für seine Mühen und Verdienste bei der Organisation der Militär- und Verteidigungsschulen.

Ich danke Dir, polnischer Soldat, und Dir, der Du am Orte Deine Hütte und Deine Nachbarn vertheidigt hast, und Dir, der Du zu Hilfe eilst, sei es aus Krakau oder aus Kujawien, Masowien oder Posen, daß Du mit Deiner Brust dem Feinde den Weg verlegst, der hinterlistig in das Land eingedrungen war. Dein Blut, das Du so reichlich vergossen hast, wird das feste Band sein, welches unzerbrechbar Schlesien mit Polen verbindet.

Ich bitte den General Glogowski, diesen Erlaß zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Der Chef des Generalstabes  
Szeptek, Divisionsgeneral.

### Schlesien, die wertvollste Perle in der polnischen Krone.

Krakau, 5. Februar. (P. A. T.) Der Unterrichtsminister Lukaszewicz empfing gestern die Mitglieder der schlesischen Schulkommission. Der Minister informierte sich über die Schulerhältnisse in Schlesien und gab der Kommission Aufträge, daß Schlesien, die wertvollste Perle in der polnischen Krone, Polen erhalten bleiben werde.

### Die Spartacus herrschaft in Bremen.

#### Vormarsch der Regierungstruppen.

Wie wir bereits in unserer Dienstag-Nummer mitteilen, haben die Spartacisten in der freien Hafenstadt Bremen versucht, die Herrschaft mit Gewalt an sich zu reißen. Es scheint ihnen auch gelungen zu sein, denn die Berliner Regierung hat sich veranlaßt gesehen, Regierungstruppen gegen Bremen zu entsenden, um der Herrschaft der deutschen Volksgemeinschaft dort ein Ende zu bereiten.

Ein Vertreter der „P. A. T.“ hatte eine Unterredung mit dem Mitgliede der deutschen Reichsregierung Gustav Noske über die Gründe und die nächsten Ziele der Expedition nach Bremen. Herr Noske sagte:

„Daß die Zustände in Bremen unhaltbar waren, war allem Welt klar, ausgenommen den Spartacisten. Bremen gehörte zu den Orten, in denen eine kleine Minderheit durch Gewaltmittel versuchte, ihre Herrschaft über die beträchtliche Mehrheit aufrechtzuerhalten. Wie sehr Gewaltpolitik betrieben wurde, beweist der Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen, ganz abgesehen von den Spartacisten selbst, nur unabhängige eine kleine Minorität darstellten konnten.“

Bremen hat eine besondere Bedeutung als unternehmender Handelsort. Am 1. Februar soll das Auslaufen von Lebensmittelschiffen beginnen. Als eine endgültige Aktion gegen Bremen in Erwägung gezogen wurde, erschien es absolut ungewiss, ob das Auslaufen dieser Schiffe glatt von statten gehen werde. Bei der absoluten Unsicherheit der Verhältnisse in Bremen war als feststehend anzunehmen, daß das Auslaufen beladener Lebensmittelschiffe nach Bremen nicht unbedingt verbürgt sein würde. Selbst wenn die Meldung zuträfe, daß bei den Verhandlungen zwischen den Seeleuten und den Rebellen auch die geringe Minderheit von Seeleuten, die im Internationalen Seemannsbund organisiert ist, zufriedengestellt sein sollte, bestand nach den letzten Erfahrungen, die in Bremen gemacht worden sind, keine Bürgschaft dafür, daß beim Einlaufen oder Auslaufen der Schiffe Zwischenfälle oder Störungen nicht vorkommen würden. Die Zufuhr von Lebensmitteln muß aber angesichts der außerordentlichen Knappheit unbedingt sichergestellt werden. Das deutsche Volk geht der größten Not entgegen, wenn nicht binnen kürzester Frist beträchtliche Lebensmittelmengen aus Uebersee zugeführt werden können.

Um das sicherzustellen, sind Truppen von erheblicher Kampfkraft nach Bremen in Bewegung gesetzt worden. Das geschah selbstverständlich nicht aus reiner Not, in die innerpolitischen Kämpfe mit Waffengewalt einzugreifen. Fügt sich die Minderheit, die jetzt in Bremen wider alles Recht sich in den Besitz der Macht zu halten sucht, so wird die Aktion in Ruhe vonstatten gehen. Von den Regierungstruppen wird gewiß kein Schuß abgegeben werden, wenn nicht von den Bremer Spartacisten oder Unabhängigen zuerst geschossen wird. Dafür bietet schon die Tatsache Bürgschaft, daß auch die Bremer Aktion unter meinem Oberbefehl vonstatten geht. Nur für den Fall, daß die Minderheit, die in Bremen ihr Regiment aufrechtzuerhalten sucht, gewalttätig Widerstand leistet, wird durchgegriffen werden, dann aber auch mit rückfälliger Entschlossenheit.“

In Bremen sind vier Mitglieder des Bremer Rates der Volksbeauftragten eingetroffen und erschufen den Divisionsstab des Korps Glogowski zum Einsetzen des Vormarsches bis zur Erledigung der Verhandlungen in Berlin. Der Divisionsstab bestand aus 100-tiger Entlassung der Arbeiter und erklärte, daß er in keine Verflechtung in dieser Angelegenheit einwilligen könne. Von Seiten der Volksbeauftragten wurde ihm erwidert, daß diese Maßnahmen nicht durchführbar seien. Daraufhin wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Bis zur Stunde hat es den Anschein, als ob die Bremer Arbeiter es bis zum Ausmarschieren werden kommen lassen.

Die Situation in Bremen sieht auf des Meeres Schiene und es ist im Augenblick noch gar nicht zu übersehen, wie sich die Verhältnisse in den nächsten Stunden entwickeln werden. Nach dem Plan werden der Nachricht vom Vormarsch der Regierungstruppen erfolgte die Bewaffnung der pa-

samen Arbeiterschaft. Die Lastkraftwagen wurden requiriert und brachten Waffentruppen nach den Vorstädten, die von Arbeitstruppen besetzt wurden. Auch die Straßenbahn wurde für den Transport herangezogen.

## Lothales.

Loth, den 6. Februar.

### Schließung der deutschen Schulen?

In einem Telegramm der polnischen Telegraphenagentur, das vor kurz vor Redaktionsschluss zugegangen ist, heißt es, daß in der Montagssitzung des Ministerrats v. a. der Entwurf einer Deklaration über die Schließung der deutschen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache angenommen worden sei. Weitere Einzelheiten fehlen.

### Stadtordnungen-Verlesung.

In der vorgestrigen Sitzung des Stadtrates waren bis 7.20 Uhr zum 26. Stadtordnungen erschienen; trotzdem fand die Sitzung statt. Den Vorsitz führte Dr. Rosenblatt. Nach Verlesung der Tagesordnung gab der Vorsitzende einen Brief des Verpflegungsausschusses in der Angelegenheit der Entsendung von zwei Delegierten zur Vorbereitung der Verpflegungsausschusses am 23. Februar bekannt. Es wurde beschlossen, die Abgeordneten Wolezniski und Dr. Sachs zu entsenden. Darauf wurde ein Gesuch der jüdischen Religionslehrer um Auszahlung des Gehalts und der Dienstverhältnisse für das Jahr 1918 verlesen. Der Vorsitzende teilte mit, daß diese Angelegenheit bereits erledigt ist. Hierauf wurde ein Gesuch der Kaufleute Eichtenstein und Schönwald bekanntgegeben; den genannten Kaufleuten wurde im Dezember 1918 von Beamten der Kriminalpolizei 170 Paar Herren- und andere Waren beschlagnahmt und bis jetzt nicht zurückgegeben. Es wurde beschlossen, dem Magistrat in dieser Sache freie Hand zu lassen.

Zuletzt verlas der Vorsitzende ein Gesuch, unterschrieben von einer Reihe von Bürgern der Stadt. Das Gesuch betrifft die Verlängerung der Straßenbahnlinien in der Gloger- und Konstantiner Straße sowie auf der Babianer Landstraße. Das Gesuch wird damit begründet, daß viele Einwohner wegen des Wohnungsmangels gezwungen sind, sich an der Stadtbahn einzumieten. Der Mangel an einer Straßenbahn werde von ihnen sehr hart empfunden. Außerdem wird in dem Gesuch die Einführung von Streckenfahrlinien für die Straßenbahn angestrebt. Bürgermeister Kernbaum erklärte, daß der angeregte Plan sich nicht so rasch verwirklichen lassen werde, da die Zufuhrbahnen nicht von der Stadt, sondern von der Staatsbehörde abhängig sind. Das Gesuch wurde der Kommission für allgemeine Angelegenheiten übergeben. Zum Schluß legte der Bürgermeister den Jahresbericht mit der Abrechnung des Magistrats für das Rechnungsjahr 1917/18 vor. — Um 9 Uhr abends wurde die Versammlung geschlossen. Die nächste Sitzung wird am Donnerstag, den 6. d. M., stattfinden und der Erledigung des noch auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung stehenden Fragen gewidmet sein.

### Einschreibung der Rekruten.

Der Volkskommissar Kiewski erhielt vom Ministerium des Innern den Befehl, eine Liste der Rekruten der Jahrgänge 1896, 1897, 1898, 1899 und 1900 anfertigen zu lassen. Die Liste soll von den Magistraten und den Gemeindevögeln im Einvernehmen mit den Goldschmieden der zuständigen Kreiskommandos bis zum 10. Februar angefertigt werden. Die Listen sollen einen Begriff geben von dem Rekrutenmaterial, über welches das Land verfügt.

Wie aus Warschau gemeldet wird, wurde durch Erlaß des Landesherrn in Galizien und dem Königreich ein Teil der Rekruten unter die Waffen rufen, deren Einberufung auf Grund des zeitweiligen Reglements über die allgemeine Wehrpflicht, sowie laut besonderen, an die Einberufungsbehörden ergangenen Instruktionen zu geschieden hat. Es ist dies nach mehr als hundert Jahren wieder eine Einberufung im Lande, die zu eigenen Bedürfnissen des polnischen Volkes stattfindet.

Die Leitung liegt in den Händen des Mobilisierungs- und Organisations-Departements des Kriegsministeriums. Das Königreich und Galizien sind in 28 Kommandos eingeteilt (5 Bezirke und 23 Kreis-Kommandos). Die Tätigkeit der Kreis-Kommandos erstreckt sich auf 5 bis 6 Kreise. Die leitenden Offiziere dieser Kommandos haben die Verzeichnisse der Rekruten anzufertigen und die Vorarbeiten für die Ausschreibungskommissionen zu erledigen. Die Beschlüsse der Ausschreibungskommissionen werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Der Vorsitzende (der Bezirkskommandant oder ein vom Kriegsministerium entsandter Offizier) hat das Recht, den Stellungspflichtigen für wehrfähig zu erklären, sogar entgegen den Stimmen der anderen Mitglieder der Kommission. In solchen Fällen wird der Rekrut in das Heer eingereiht, den interessierten Personen steht jedoch das Recht zu, die Entscheidung im Bezirkskommando zu beanstanden. Alle Entscheidungen der Rekrutierungsbehörden können in zweiter Instanz bei einer zu diesem Zweck bei den Bezirkskommandos gebildeten besonderen Kommission und in dritter und letzter Instanz beim Kriegsministerium beanstandet werden. Vergünstigungen im Militärdienst genießen Personen mit entsprechender Schulbildung (Einfährige

und völlige Dienstfreiheit Geistliche christlicher Konfessionen und anderer vom Staat anerkannter Religionen, sowie Volksschullehrer. Aufschub auf ein Jahr erhalten einjährige Familienernährer, Theologiestudenten bis zum 27. Jahre und Schüler mittlerer Lehranstalten bis zum 22. Jahre.

Die gesamte Wehrpflichtordnung ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten unseres Volkslebens ausgearbeitet. Es finden die Bedürfnisse des Staates und die Interessen der Bürger Berücksichtigung, die bisher ignoriert worden waren.

Auf der ersten Seite dieser Ausgabe ist nachstehende Bekanntmachung des Ministeriums für Wehrangelegenheiten abgedruckt:

„Die polnische Regierung hat die erste Rekrutierung zum Schutze der Grenzen des Vaterlandes angeordnet. Dieser Akt wurde von einem wirklichen Bedürfnis diktiert, in der Ueberzeugung, daß nur eigene Kraft uns erlauben wird, unsere Pflicht dem Vaterlande, was selbst und unseren Nachkommen gegenüber erfolgreich zu erfüllen. Die in die Reihen des Heeres Versetzten müssen sich von dem Gedanken durchdringen lassen, daß sie das verteidigen gehen, was das Heilige für den Menschen und den Polen ist — die Freiheit des Vaterlandes gegen die Uebermacht des Feindes. Die Allgemeinheit muß sich ein Bild machen und dem jungen Mann zu Hilfe kommen, besonders, wenn die Regierung dies mit eigenen Mitteln nicht zu tun vermag. Nebenbei zu den Waffen! Der freie Pole weiß nicht, was Väterlichkeit und Schwanken ist. Wenn vaterländisches Bedürfnis ihn unter die nationalen Standarten ruft! Polnische Gesellschaft zur Hilfsarbeit! Bildet Rekrutentrupps zur Fürsorge für die Rekruten! Geht alle nach Maß der Kräfte und Möglichkeit an die Arbeit zur Befreiung der Freiheit des zu neuem Leben erweckten Vaterlandes.“

Die zweite auf der ersten Seite dieser Ausgabe veröffentlichte Bekanntmachung des Oberstleutnants Kuchinka lautet: Freiwillige! Macht Euch für das Pionierbataillon in Lodz! Der Pionier besteht in dem Bau von Schanzen, Gräben, Wegen, in der Errichtung von Brücken des Feindes und dgl. Es sind viele Zimmerleute, Tischler, Schmiede, Schlosser, Grubenarbeiter, Köche nötig. Infolge des Mangels an Unteroffizieren wird Beförderung schnell eintreten. Meldungen für das Lodzer Pionierbataillon nimmt der technische Referent des Militär-Generalbezirks (Kosciuszko-Platz 4, 3. Stock) entgegen, in anderen Ortschaften des Generalbezirks die höchste Militärbehörde.

Zu den Stadtwahlen. Es wird darauf hingewiesen, daß Reklamationen betreffs der Wahlen in den einzelnen Büros der Wahlbezirke bis einschließlich Sonnabend, den 8. d. M., entgegengenommen werden. Gleichzeitig kann auch bis zu diesem Tage in die amtlichen Wählerlisten eingetragen werden, ob man tatsächlich eingetragen ist. Die Wahlberechtigung haben alle, die ständige Einwohner von Lodz sind, wenngleich sie auch während des Krieges eine längere Zeit abwesend waren und seit ihrer Rückkehr noch keine sechs Monate verfloßen sind.

Das Hauptwahlkomitee für die Stadtordnungen wählt bringt in Erinnerung, daß der Termin zur Einreichung der Kandidatenlisten am 14. Februar abläuft. Die Listen werden täglich vom Vorhange zwischen 5—7 Uhr im Lokale in der Siemkiewiczska 3/5 entgegengenommen.

Arbeitslosenfürsorge. Das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge hat an den Volkskommissar Kiewski ein Telegramm folgenden Inhalts gefaßt: Die Hilfe für die Arbeitslosen bildet eine der Hauptaufgaben der Regierung. Die Regierung macht alle Anstrengungen, daß die der Arbeit beraubten genügend Unterhaltungen vom Staate erhalten. An Stelle von Geldunterstützungen werden in allerhöchster Zeit Lebensmittel oder warme Speisen ausgegeben werden. Die Regierung bemüht sich angestrengt darum, daß die öffentlichen Arbeiten in weitem Umfange so schnell als möglich aufgenommen werden, daß zu diesem Zweck bedeutende Mittel bestimmt und alle sich aufbäumenden Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Für die Hilfsaktion für die Arbeitslosen werden die Industriellen beauftragt werden. Ein Gesetz über eine besondere Kriegsrentenversicherung wird ausgearbeitet. Die Regierung wird alle Kräfte anspannen, um die Staatshilfe nicht aufhören zu lassen, bis die öffentlichen Arbeiten und die wieder in Betrieb gesetzte Industrie allen Arbeitern und Arbeiterinnen Beschäftigung gegeben haben. Die Summen, die den Arbeitern unmittelbar von den Fabrikanten ausbezahlt werden, werden bei der Besteuerung zugunsten der Arbeitslosen nicht in Anrechnung gebracht werden. Die Arbeiter, die von den Fabrikanten Unterhaltungen erhalten, verlieren das Recht auf staatliche Hilfe für die der Höhe der erhaltenen Unterhaltungen entsprechende Zeitspanne. Angesichts dessen ist die unmittelbare Auszahlung eines Prädikats durch die Arbeiter auf die Industriellen zum Zweck der Erlangung von Unterhaltungen als die allgemeine Staatsaktion desorganisierten und unzulässig. Verpflichtungen, die durch Gewalttaten erkämpft wurden, werden für ungültig erklärt.

Die Regierung erläßt einen Aufruf an die Arbeiter, in dem sie bittet, die Gewalttaten und Erpressungen den Fabrikanten gegenüber einzustellen. Die Gewalttaten, die zum Zwecke der Erlangung größerer Unterhaltungen angewandt werden, schaden den Arbeitern selbst. Sie fügen Schrecken unter den Industriellen, nehmen ihnen die Lust zur Arbeit

verzögern auf diese Weise den Aufbau und die Unterbrechung der Industrie, die im gegenwärtigen Augenblick durch die Mittel des Staates allein nicht wiederhergestellt werden kann. Im Aufruf heißt es weiter: Vertraut der staatlichen Hilfsaktion für die Arbeitslosen. Seid gewiß, daß die Regierung die Industriellen zur Bezahlung der Kosten auf diesem Gebiet in gehörigem Maße heranziehen wird. Nehmt an der Aktion zur Unterbrechung der Industrie teil, gebt eure Initiative und leistet Hilfe. Unterlaßt alle Gewalttaten, gegen die die Regierung aus Achtung vor dem Gesetz und zum Zwecke der Erhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit im Lande mit aller Strenge vorgehen muß.

Staatliche Prüfungs-Kommission für Feldscherkandidaten. Um den Feldscherkandidaten sowie den ehemaligen Militärkandidaten die Erlangung des Feldschergrades zu ermöglichen, beruft das Gesundheitsministerium für diese eine Prüfungskommission ein. Die Kommission wird die einmalige Prüfung am 4. Mai 1919 abhalten: die Kandidaten, die sich dieser Prüfung nicht unterziehen oder für unzureichend für den Feldschergrad erkannt werden, verlieren für immer das Recht und die Möglichkeit, sich in Zukunft um die Erlangung dieses Grades zu bemühen. Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung wird durch das Ministerialsekretariat an den Gesundheitsminister mindestens drei Wochen vor der Prüfung abgeschickt. Die Zulassung ist ein Ausweis über die polnische Staatsbürgerschaft, ein selbstgeschriebenes Lebenslauf, Zeugnisse über Schulbesuch und Spezialwissenschaften, eine Photographie aus der letzten zwei Jahren und die Empfangsbefähigung über bezahlte 20 Mk. Prüfungsgebühren. Alle Papiere sind entweder im Original oder in beglaubigten Abschriften einzulegen.

Zur Prüfung können zugelassen werden: a) Schüler der früheren Feldscher-Schule in Warschau, die die wenigstens 1 Jahr (2 Semester) besucht haben; b) ehemalige Militärkandidaten, die keine Hochschule besuchten, sondern von einer ärztlichen Hospitallern eine Prüfung abgelegt haben und darüber ein Zeugnis aufweisen können; c) Kandidaten, die wenigstens 5 Jahre im Königreich Polen in Zivilhospitälern profitiert haben und nicht dazu gekommen sind, in der Feldscher-Schule die Prüfung abzulegen. Nähere Einzelheiten sowie das Prüfungsprogramm können bei den Kreisärzten, im Feldscher-Verein sowie im Feldscherverein erfragt werden.

### Einmalige Vermögenssteuer.

Der amtliche „Monitor Polski“ veröffentlicht einen Erlaß über die Erhebung einer einmaligen Staatsabgabe vom unbeweglichen Eigentum und den Kapitalien. Aus diesem Erlaß führen wir die wichtigsten Artikel an.

Als Vorschlag auf die allgemeine staatliche Vermögenssteuer wird von den folgenden Vermögenswerten, die sich in dem früheren russischen Teilgebiet befinden, eine einmalige Staatsabgabe erhoben werden: a) von Immobilien in Städten und Ortschaften nach dem annähernden Reinwert; b) von Grundstücken, die der staatlichen Grundsteuer unterliegen, darunter auch von den nicht dem Fiskus gehörigen Waldgrundstücken, die von der Grundsteuer befreit sind, nach Umfang und Ertragsfähigkeit; c) von den Kapitalien, laut den unten angegebenen Grundbügen. Die Abgabe beträgt bei fräblichen Immobilien bei einem annähernden Reinwert von: über 20 000 Mark bis 50 000 Mark — 1/2%; über 50 000 bis 100 000 Mark — 3/4%; über 100 000 bis 200 000 Mark — 1%; über 200 000 bis 500 000 Mark — 1 1/2%; über 500 000 Mark 2%.

Von den Grundstücken wird die einmalige Abgabe nach den Klassen der Ertragsfähigkeit bestimmt und erhoben werden, die für das Ausmaß und die Erhebung der Grundsteuer festgelegt sind nach den folgenden Grundbügen: 1. Von Grundstücken, die der Orts-Grundsteuer unterliegen: a) wenn der zur Zahlung der Abgabe Verpflichtete zusammen nicht mehr als 50 Morgen Land besitzt, die der Abgabe unterliegen, so muß von einem Morgen Land, der zur 1. Klasse gerechnet wird, 10, zur 2. — 8, zur 3. — 6, zur 4. — 5, zur 5. — 4 Mark bezahlt werden; b) bei Grundbesitz von 51 bis 100 Morgen einschließlich beträgt die Abgabe von einem Morgen Land in der 1. Klasse 12,50, in der 2. — 10,50, in der 3. — 8,50, in der 4. — 7,25 und in der 5. — 6 Mark; c) bei Besitzungen über 100 Morgen beträgt die Abgabe von einem Morgen Land, der zur 1. Klasse gerechnet wird, 15 Mark, zur 2. — 13, zur 3. — 11, zur 4. — 9,50 und zur 5. — 8 Mark; 2. von Grundstücken, die der Bauern-Grundsteuer unterliegen, beträgt die Abgabe für die zur 1. Klasse gerechneten Acker vom Morgen 10 Mark, zur 2. — 8, zur 3. — 6, zur 4. — 4 Mark.

In Fällen, die Berücksichtigung verdienen, können Erleichterungen zurfließen werden: a) für Wirtschaften bis zu 6 Morgen in der Höhe bis 50% der Abgabe durch die Finanzbehörden der 1. Instanz nach den Anweisungen des Finanzministeriums; b) in anderen Fällen durch den Finanzminister.

Der Abgabe vom Vermögen in Kapitalien unterliegt das gesamte Kleinvermögen des Steuerzahlers in barem Gelde, Wertpapieren oder Geldforderungen. Von der Abgabe befreit sind Immobilien und Vermögen in Kapitalien, die ausschließlich wohltätigen Zwecken dienen, oder zur öffentlichen freien Benutzung bestimmt sind, desgleichen Vermögen bis 20 000 Mark. Die Grundlagen für die Berechnung der Abgabe von städtischen Immobilien und vom Vermögen in Kapitalien wird eine aus einem Finanzbeamten als Vorsitzenden und zwei von den Finanzbehörden der 1. Instanz aus der



# Deutsche Wähler!

Überzeugt Euch persönlich, ob Ihr in die Wählerlisten eingetragen seid.

**Sonnabend ist der letzte Tag, an dem in den Bezirkswahllokalen noch Reklamationen entgegengenommen werden. Es darf keine deutsche Stimme bei den kommenden Stadtratswahlen verloren gehen!**

Mitte der zur Zahlung der Abgabe Verpflichteten berufenen Mitgliedern bestehen. Das Finanzministerium kann alle Vermögenswerte, die durch den Krieg gelitten haben, ganz oder teilweise von der Abgabe befreien.

Wer die Steuererklärung in der Absicht fälscht, die Abgabe zu verringern, der wird mit einer Strafe von 100 bis 50 000 Mark bestraft. Gegen jedes Strafvergehen der Finanzbehörde der 1. Instanz kann beim Finanzministerium im Laufe von 14 Tagen schriftlich oder telegraphisch Berufung eingelegt werden.

**Getreideablieferung.** Der Staatschef hat nachstehenden Erlass veröffentlicht: „In der Angelegenheit der Verantwortung für die Nichtablieferung von Getreidefrüchten an den festgesetzten Terminen wird auf Antrag des Ministers folgendes beschlossen: Die der Nichtablieferung von Getreidefrüchten an den festgesetzten Terminen schuldigen Personen werden von den entsprechenden Strafen und Verpflegungsministeriums bis zu 6 Monaten und außerdem zu Geldstrafen bis zu 100 000 M. verurteilt. Die Vollstreckung wird dem Verpflegungsminister übergeben.“

**Persönliches.** Der Erste Bürgermeister Sna. Skutski hat sich in diesfälligen Angelegenheiten nach Warschau begeben.

**Der Polzer Arbeiterrat** hält, wie uns mitgeteilt wird, heute um 7 Uhr abends im Scala-Theater, Biegestraße 18, eine Generalversammlung ab.

**Eis.** Der strenge Frost der letzten Tage hat die Gewässer rings um Lohz mit einer dicken Eisschicht bedeckt, die jetzt zu gewerblichen Zwecken zerlegt und nach der Stadt geschafft wird. In Lohz haben mehrere Eislaufpläne ihre Porten geöffnet. Sie sind vom frühen Morgen bis zum späten Abend von zahlreichen Freunden des gesunden Wintersports besucht.

**Feuer in einem Gensendehaus.** Vorgestern um 11 Uhr vormittags brach im Gensendehaus „Mikrowislo“ in Kaln Feuer aus. Während der Ermüdung des eingestürzten Wasserbehälters brannte das herumliegende Stroh an. Der Pavillon, in dem sich die Speisekammer, die Badestube, die Waschküche und die Speisekammer befanden, brannte vollständig nieder. Die Rettungsarbeit leitete die aus der Umgebung eingetrossene Feuerwehr. Aus der Speisekammer gelang es fast alles zu retten. Infolge des Brandes mussten die Kranken nach Lohz gebracht werden. Das Feuer wurde um 3 Uhr nachmittags gelöscht.

**Das alte Vieh.** Bei den Beamten der Abteilung für Konzeptionen R. Arzmenitsch erließen in der Kanzlei des Vizekommissars Kzewitsch der in der Jawadzi-Lawstraße 25 wohnhafte Abram Moser Lewowicz, Mitglied des Verbandes der mit rohen Häuten handelnden Kaufleute, und hat nun günstige Erklärung des von ihm eingereichten Gesuches und handelte ihm im Namen des Vereins 100 Mark ein. Das Geld wurde für den Nationalfonds bestimmt und Lewowicz dem Gericht übergeben.

## Theater und Konzerte.

**Thalia-Theater.** Uns wird geschrieben: Heute, abends 7 Uhr, geht anstelle des geplanten Gerhardt-Souppmannschen Schauspiel „Friedensfest“, das infolge des großen Erfolges des Ausstellungsstückes verschoben werden musste, „Die Reise um die Erde in 40 Tagen“ wiederholt in Szene. Freilag, abends 7 Uhr, findet die Wiederholung des großen Ausstellungsstückes „Die Reise um die Erde in 40 Tagen“ statt. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, geht als einmalige Wiederholung zu 5 Einheitspreisen die lustige Operette „Das Dreieck über dem Haus“ auf allgemeinem Wunsch zum letzten Male in Szene. Der Kartenvorverkauf beginnt stets einen Tag vor der betreffenden Aufführung.

## Vereine und Versammlungen.

**Der Verband geistlicher Arbeiter** hält am 4. Februar im Lokal in der Belzauer Nr. 11 eine Versammlung der Delegierten der Berufsverbände ab, die ihren Beitritt zum Verband geistlicher Arbeiter erklärt haben. Anwesend waren 26 Herren, die 20 Vereine vertraten. Die Sitzung wurde von Dr. A. Komarski eröffnet. Den Vorsitz führte der Vorsitzende der Delegation des Finanzministeriums Herr Wilez, Schriftführer war Ing. Martin Goldhar. Gegenstand der Beratungen waren die Stadtverordnetenwahlen. Die Delegierten beschließen an den Wahlen teilzunehmen und eine besondere Kandidatenliste aufzustellen, die die Namen von geistlichen Arbeitern enthalten soll, die über den Parteien und lediglich der Wahl der höchsten Würdigen im Auge haben sollen.

**Versammlung von Bankbeamten.** Am Dienstagabend fand im Lokal des Verbandes der Handels- und Büroangestellten der Stadt Lohz (Koscinsko 4) eine Versammlung der Sektion der Bankbeamten statt. Den Vorsitz führte Herr Stanislaus Braunklein. Nach lebhafter Aussprache über den Tätigkeitsbericht der zeitweiligen Verwaltung und Erteilung von Hinweisen für die nächste Verwaltung wurde zu den Wahlen geschritten. In der Verwaltung wurden bewiesen die Herren: S. Braunklein, E. Stein, F. Weyland, S. Wilczynski, A. Goldmann, S. Thygier und E. Bruner.

**Fleischergesellen-Verein.** Am 9. Februar, um 2 Uhr nachmittags, findet im Lokal in der Pawlstraße 11 die Generalversammlung der Mitglieder der Vereinigung statt. Erörtert wird eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Mitglieder.

## Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir Ansichten unserer Leser, auch wenn diese mit der Richtung unseres Blattes nicht übereinstimmen.

**Was wird aus dem Landes-Schulverband?**

Noch immer hat die heissumstrittene Frage, was aus dem Landes-Schulverband werden soll, keinerlei Lösung gefunden. Daß aber die gegenwärtige Lage des Verbandes unhaltbar ist, daß etwas zur Klärung der Lage geschehen muß, steht außer Zweifel. Zwar haben die Versuche eines Teils der Landeslehrer, die Auflösung des Schulverbandes herbeizuführen, nicht den erhofften Erfolg gehabt, aber die Frage des Weiterbestandes desselben ist dadurch so in den Vordergrund gerückt, daß ein Einreisen der obersten Staatsgewalt fast unvermeidlich geworden ist.

Wie auch immer der Rechtspruch der geachteten Körperschaft lauten wird, so ist doch eins lebhaft zu bedauern: daß eine Frage, die so tief in das Leben unseres Volkes hineingreift und für unser Volkstum von allerhöchster Bedeutung ist, so wenig Aufklang in der Öffentlichkeit gefunden hat. — Denn im Grunde handelt es sich weniger um den Schulverband, als um die mit ihm eng verbundene deutsche Schule. Unsere gebildeten Kreise, unsere Vorstände, unsere Geistlichkeit haben für die Sache bisher so wenig Interesse gezeigt, als wenn sie die Schule des Volkes, zu dem sie doch nach Sprache und Abstammung gehören, nichts an, als wollten sie sich loslösen von dem Volke, dessen Führer zu sein sie doch berufen sind. Leider fehlt uns noch zu sehr das Bewußtsein, daß wir alle, ob Arbeiter oder Fabrikant, ob Bauer oder Gutbesitzer, zu einem Volk gehören und darum gemeinsam unser Volkstum wahren und schützen müssen.

Die Schule gehört zu den höchsten Gütern eines Volkes. Sie ist nicht nur der Keim der künftigen Kultur und materiellen Fortschritts eines Volkes; sie gibt ihm einen geistigen und moralischen Halt; sie ist der Quell, aus dem fortwährend neues Leben in die Volksglieder hineinsprudelt; sie ist die Trägerin der Idee des Volkstums, und nur sie bewahrt ein Volk vor Entnationalisierung. Nur eine glückliche Lösung der Schulfrage kann uns Gewähr leisten für eine gesunde Entwicklung unseres Volkes. Darum mußte die Frage bei allen, die nicht bloß als Zuschauer an unserem Volk vorübergehen möchten, das lebhafteste Interesse erwecken. Die Schulfrage mußte von einer Versammlung der Volksvertreter, die eigens dazu einberufen werden sollte, beraten und abgeklärt werden. Wir müßten unsere Wünsche zum Ausdruck bringen und sie den Staatsbehörden zur Kenntnis unterbreiten. — Wenn nur so kann die Regierung von unseren besonderen Wünschen unterrichtet werden und darauf reagieren.

Allerdings haben die Leiter des Verbandes in dieser Richtung einen Schritt getan. Anfangs Januar wurde eine Versammlung der Schulvorstände und Lehrer einberufen, die sich mit dieser Frage befassen sollte. Die Versammlung drückte den Leitern ihr Vertrauen aus und fasste den Beschluß, daß der Landes-Schulverband auch weiterhin bestehen bleiben sollte; in diesem Sinn wurde von den Versammelten ein Telegramm an den Kultusminister nach Warschau abgesandt. Doch am nächsten Tage versammelte sich ein Teil der zurückgebliebenen Lehrer und fasste einen andern Beschluß, in dem das diametral Entgegengesetzte verlangt wurde.

Dann entspann sich ein Wortkampf zwischen den Gegnern des Verbandes und seinen Leitern, in den unsere politisch unumgänglichen Landeute, die doch die Frage in erster Linie angeht, nicht eingreifen konnten. Auf diese Weise hat die Schulfrage — denn als solche ist sie doch eigentlich zu betrachten — einen persönlichen Anstrich bekommen; die Gesellschaft, die ihre ganze Tätigkeit den Wahlen in die Konstante zuwandte, hat sich mit der Schulfrage fast gar nicht beschäftigen können. Und doch bedarf gerade diese Frage der weitgehendsten Prüfung und Beleuchtung.

Welches sind nun die Beschuligungen, die dem Landes-Schulverband zur Last gelegt werden, und inwiefern sind sie begründet? Die Gegner des Verbandes behaupten, es sei eine fremde, ihnen aufgenötigte Institution preussischen Ursprungs, die unsere Verhältnisse nicht angepaßt ist. Unsere Verhältnisse sind nicht angepaßt, — das gebe ich schon zu, aber preussisch? ... So viel mir bekannt, gibt es so etwas in Preußen nicht. Oben wäre der Verband als „Schulverwaltungs-Ersatz“, als ein Hilfsmittel des Staates zu betrachten, der unter der Hand eines geschickten Gärtners zum staatlichen Baum heranwachsen könnte.

Wohl ist es ein Fehler, daß die Lehrer bei der Gründung des Schulverbandes ignoriert worden sind. Die Gründer haben es leider nicht verstanden, die Kunst und das Interesse der Lehrer für die neue Sache zu gewinnen. Mit ihrem schroffen Vorgehen, mit ihren kurzschlüssigen Verordnungen, die sich auf die militärische Macht stützen und die Traditionen des Landes über den Kaufen warfen, haben sie sich die Sympathie vieler Lehrer verschert.

Sie rechneten nur mit der besitzenden Klasse und übersehen den Lehrer.

Weniger dürfte das „Aufbringen“ befremden, denn daran sind die Lehrer doch aus früheren Zeiten gewöhnt. Ich glaube, daß so manchem Lehrer noch lebhafteste Erinnerungen an der „guten alten Zeit“ geblieben sind, als er noch der unbeschränkten Willkür des russischen Schulinspektors ausgesetzt war. Oder ist etwa zu erwarten, daß die polnische Regierung zur Lösung der Schulfrage die deutschen Lehrer zu Rate ziehen wird?

Weiter wird dem Landes-Schulverband der Vorwurf gemacht, daß er die angehenden Lehrer mit einer einmaligen Unterstützung „abspesen“ wolle, anstatt ihnen eine ständige Pension zu gewähren. Das wäre allerdings eine schlechte Lösung der Altersversorgungfrage, die doch für den Lehrer mit seinem lang bemessenen Gehalt die größte Bedeutung hat. Es ist bekannt, daß gerade der Mangel der größte Revolutionär ist. Doch, wenn ich nicht irre, wurde auf der im Oktober vom Landes-Schulverband einberufenen Versammlung der Beschuligten gesagt, daß die Lehrer, die in den Ruhestand treten, eine lebenslängliche Pension beziehen sollen. Damit wäre diese Beschuligung hinlänglich geworden.

Manche Lehrer haben ihr Bedenken darüber geäußert, ob der Schulverband seinen Aufgaben und übernommenen Pflichten auch gerecht werden würde. Gewiß, wenn der Staat ihm keine Mittel zur Verfügung stellt, so kann er es nicht und müßte dann von selbst eingehen; wenn er aber vom Staate anerkannt ist, so ist es doch logisch, daß er auch vom Staate finanziert wird. In den Statuten des Verbandes, die von der provisorischen polnischen Regierung genehmigt sind, ist ausdrücklich gesagt, daß die Lehrer der dem Verbande unterstellten Schulen in allen Hinsichten den Lehrern der übrigen Schulen gleichgestellt sind. Diese Statuten sind nicht so ohne weiteres über Bord zu werfen und können nur von der künftigen gesetzgebenden Körperschaft umgewandelt werden.

Die, meines Erachtens, schwerwiegendste Beschuligung des Landes-Schulverbandes seitens der Lehrer besteht darin, daß die Lehrer zu Untergeordneten der Schulvorstände und Gemeinden herabgedrückt hat. Die Schulvorstände können den Lehrer wählen oder nicht wählen. Der beginnt der große Spielraum ungezügelter Mißbräuche. Bewußt der Lehrer sich um eine Stelle, so muß er verfluchen, das Wohlgefallen der Vorstandsmitglieder zu gewinnen, muß ihnen oftmals schmeicheln oder sich sogar erniedrigen. Hat der Vorstand das Recht, den Lehrer zu wählen, so mag er sich en, ihn auch entlassen zu können, mischt sich in Schulangelegenheiten und sogar in den Unterricht, von dem er nichts versteht. Besteht der Vorstand aus ungebildeten Personen, wie das auf dem Lande so häufig der Fall ist, so wird die Lage des Lehrers unerträglich. Schon jetzt sind Fälle zu verzeichnen, wo der Vorstand mit dem Lehrer um die Höhe des Gehalts feilschte, um, womöglich, dabei etwas zu profitieren; und je weiter, desto schwieriger müssen sich die Verhältnisse gestalten.

Wohl ist die demokratische Forderung, daß alle Angelegenheiten, die Lehrer nicht angeht, gewählt werden müssen, zeitgemäß und richtig; aber die Wahl muß von einer Institution vollzogen werden, die aus sachverständigen Personen besteht. In den deutschen Kolonien Ostpreussens ist es von jeher Brauch, daß die Gemeinde sich den Lehrer selbst wählt. — „mietet“, wie der gebräuchliche Ausdruck lautet. Und, obgleich die Kolonisten dabei auf einer bedeutend höheren Kulturstufe stehen, als hierzulande, so ist doch auch dort auf dieser Grundlage viel Unheil getrieben worden. Die Lehrerwahl arteit oft in eine „Auktion in minus“, aus, wobei meistens nicht der gewählte wurde, der es am besten machte, sondern der, der es am billigsten machte. Vergeblich kämpften die bessergerichteten unter den Lehrern und die Schulbehörden gegen diesen Weltverkehr an.

Doch was brauchen wir Beispiele aus Ostpreussen? Unsere Kantonschulen sind ein anschaulicher Beweis dafür, daß das Schulwesen durch die Wahl des Lehrers von der Gemeinde nicht gefördert, sondern gehemmt und herabgesetzt wird.

Nein, der Lehrer soll frei und unabhängig sein! Nur dann wird ihm von der Dorfgemeinde die gebührende Hochachtung entgegengebracht, ohne die eine erfolgreiche Arbeit nicht denkbar ist. Eine durch Wahl berufene und von den Wählern abklingende Person kann nur dann zu Einfluß und Anerkennung gelangen, wenn sie über besondere Talente verfügt, durch die sie ihrer Umgebung unentbehrlich wird. Aber solche hohe Forderungen, wie es wünscht sie auch sind, können wir an unsere Lehrer nicht stellen.

Und dennoch, trotz der begangenen Fehler, trotz der mancherlei Mängel und Schäden, hat der Landes-Schulverband eine Alltagsaufgabe, die seine Passiva reichlich deckt.

Er ermöglicht es den aus der Verbannung heimgekehrten Kolonisten, die oft an Stelle der verlassenen Häuser nur Schutthäufen und Brandstätten vorfinden, ihre Schulen wieder aufzubauen. Ohne die gewährten Beihilfen wäre noch so manche Schule noch unserer deutschen Sache geblieben.

meinde jahrelang ohne Schule geblieben. Noch wichtiger und erspriechlicher war die Tätigkeit des Schulverbandes in einer andern Richtung. Die ruhigen Leiter desselben suchen verwarloste deutsche Bauernfamilien auf, gründeten Schulgemeinden und Schulen und sammelten die zerstreut wohnenden Deutschen. So manchem deutschen Kolonisten wurde die Möglichkeit gegeben, Schulunterricht zu genießen; was das zu bedeuten hat, kann nur der zur Genüge würdigen, der den moralischen Untergang so mancher Deutschen wegen Mangel an Bildung geschaut hat, der evangelische Kinder zur Konfirmation vorbereitet hat, die weder lesen noch deutsch sprechen konnten. All diese Schulen, wo die Deutschen in der Minderheit wohnen, müßten zugleich mit dem Schulverbande eingehen. Gieße das nicht das Kind mit dem Bade aus?

Die Gegner des Schulverbandes werden darauf erwidern, daß das Schwächere stets unterliege und in dem Stärkeren aufgehen. Das ist wohl richtig, aber ob es auch recht und heilsam ist? Hat nicht der Schwache auch ein Recht, neben dem Stärkeren, für sich ein Plätzchen an der Sonne zu beanspruchen? Nach Nietzsche — nicht, nach Wilson — ja. Ich halte mich an Wilson und fordere auch für unsern Völkern freies Entwicklungsrecht, wie es unsern Wesen entspricht. Mehr wollen wir nicht. Die polnische Presse hat das öfters — und mit Recht — darauf hingewiesen, daß in den Ländern, wo die Polen die Minderheit bilden, ein Schulverband (macierz szkolna) zur Förderung des polnischen Schulwesens gegründet werden müsse. Nun, was dem einen recht ist, ist dem andern billig!

Leider gibt es noch immer Kreise, darunter oft Leute mit deutschen Namen, die uns Mißtrauen entgegenbringen, sobald wir für unser Volkstum eintreten. Der Deutsche, wo er auch immer wohnen mag, ist ein ganzer Mann; was er ist, das ist er mit Leib und Seele, was er macht, das macht er gewissenhaft. Treu hängt er an seinem Vaterlande, ob es Deutschland, ob es Amerika, ob es Rußland, ob es Polen heißt. Umsonst waren die Bemühungen der russischen Regierung, den vertriebenen deutschen Kolonisten Staatsverrat nachzuweisen, um das rohe, gesetzbrüchige Verfahren gegen sie zu rechtfertigen. — es gelang nicht: kein einziger Fall konnte festgestellt werden.

Wie wir bisher Rußland treu waren, so werden wir es Polen gegenüber auch sein. Wir spielen weder nach Westen, noch nach Osten. Hier, wo wir geboren sind, wo unsere Wiege gestanden hat, ist unsere Heimat; hier wollen wir leben, wirken und, wills Gott, auch beerben sein. Wir wollen und werden unsern Pflichten dem polnischen Staate gegenüber gewissenhaft nachkommen; wir wollen und werden die polnische Sprache in unsern Schulen pflegen zu unserm und des Landes Nutzen; wir wollen und werden loyale Bürger Polens sein — aber darum brauchen wir uns doch nicht selbst zu verleugnen und etwas sein wollen, was wir nicht sind! Darum können wir doch unsere Sprache, unsere Kirche, unsere Schule, unsere Eigenart behalten! Das sind keine Privilegien, sondern die elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit, die sich mit dem polnischen Staatsgedanken vereinbaren lassen und allen Völkern ohne Ausnahme zugesichert worden sind. Auch die polnische Regierung hat wiederholt erklärt, daß es im freien unabhängigen Polen keine Bürger ersten und zweiten Grades gibt. Ist das für uns nicht genug? Wollen wir denn unsere eigenen Feinde sein und das, was uns rechtmäßig zugesichert ist, von uns stoßen? Wenn wir aber unsere Schulen behalten, so brauchen wir auch eine Institution, der die Leitung derselben anvertraut ist, die die deutschen Schulen alleseitig vertritt und darauf zu sehen hat, daß ihre Rechte nicht geschmälert werden. An wen soll sich der deutsche Volksschullehrer mit seinen Anliegen wenden, wenn es keine Organisation gibt, die alle deutschen Schulen Polens umfaßt? Sogar an den Schulinspektor? Der kann ihm bei dem besten Willen oft nicht helfen und raten, weil er weder unsere völkische Eigenart, noch die Beziehungen zwischen Gemeinde und Lehrer genau kennt und auch nicht kennen kann. Einen Zusammenstoß aller deutschen Schulen unter Aufsicht des Staates brauchen wir. Ob die Organisation, die mit der Leitung derselben betraut wird, Schulverband heißt, oder einen andern Namen trägt, ist Nebensache, wenn sie nur die alten Mängel nicht aufweist.

Es ist ein Fehler derjenigen Lehrer, die die Schließung des Landes-Schulverbandes anstreben, anstatt die Befestigung seiner Rechte zu fordern. Es ist zu bedauern, daß die Polens ein persönlicher Charakter angenommen hat, und sogar in einer deutschen Zeitung Artikel intoleranten Inhalts erschienen sind — damit ist weder unserer Schule noch unserer deutschen Sache gedient.

Wenn die Gründer des Schulverbandes den Lehrer überleben haben, so überleben seine Gegner die Schule und die Interessen unseres Volks; beides ist falsch. Nicht schließen, sondern neugeistalten — das sollte die Lösung sein!



## Bur Frage der deutschen Lehrerbildung in Polen.

In einem Bericht über die letzte Sitzung des Schulrates der Stadt Lodz ist die folgende eigenständige Mitteilung zu lesen:

In Sachen des Deutschen Seminars wurde beschlossen, den Magistrat zu bitten, die weiteren Subsidien nicht anzuzahlen, weil das Lehrerseminar vom Landesschulverband materiell unterstützt wird.

Der tiefere Sinn dieses Beschlusses ist dem einfachen Unterrichtsverständnis nicht ohne weiteres verständlich. Offenbar ist dies gemeint: Der Landesschulverband soll genötigt werden, dem deutschen Lehrerseminar seine Unterstützung zu entziehen. Dann entsteht aber im Haushaltsplan des Seminars ein erheblicher Fehlbetrag. Wer deckt diesen Fehlbetrag? Doch jedenfalls die städtischen Schulverwaltung. Es sollen also die Steuerzahler von Lodz, ohne Unterschied der Nationalität und Konfession, mehr belastet werden, um die deutsch evangelische Kultureinrichtung am Leben zu erhalten. Das ist sehr edel und großmütig gedacht, aber es erscheint doch fraglich, ob diese hochzeitige Auffassung von der gesamten Lodzer Bürgerschaft geteilt wird, die ja bekanntlich nicht nur aus Deutschen und Evangelischen besteht. Es könnte demnach sehr wohl auch der Fall eintreten, daß dieser Fehlbetrag nicht gedeckt und dadurch der weitere Bestand des Seminars gefährdet wird. Das wäre die einzige Infanterie einfach gelöst, die berufen ist, für etwa 500 deutsche Schulen in Polen Lehrern heranzubilden. Kann das die Absicht des Schulrates der Stadt Lodz sein? Wenn ja, dann möchte es doch rund heraus gesagt werden, damit jedermann genau wisse, wie es mit der Forderung und bürgerlichen Gleichberechtigung hierzulande bestellt ist.

Der Herr Minister des Innern hat in diesen Tagen zum Schutze der jüdischen Bevölkerung eine Rundverfügung erlassen, worin es u. a. heißt: „Das durch so viele Jahre geforderte polnische Volk, das der Mäßigkeit, seinen Willen auszudrücken, verlustig war, wird die Freiheit derjenigen zu schenken müssen, deren Schicksal mit dem unfernen verbunden ist.“ Was den Juden recht ist, sollte man meinen, ist den Deutschen in Polen billig. Und in demselben Erlaß findet sich das schöne Wort: „Am freien Polen gibt es keine in Kategorien eingeteilte Bürger“ — also keine Bürger erster und zweiter Klasse. Nun wohl, soll die Schule allein vom Genuß der Freiheit ausgeschlossen sein? Wenn nicht, dann darf auch den evangelischen Glaubens- und den deutschen Volksgenossen in Polen nicht verweigert werden, ihre Schulen mit Geldmitteln zu unterstützen. Diese Gnade müßte doch eigentlich selbst einem Bürger zweiter Klasse erwiesen werden. Oder ist es eine zu unbedingte Forderung, daß ihm das Recht, zu zahlen, eingeräumt werde? Wir wären für eine gütliche Velehrung von Herzen dankbar!

Einige Freunde  
staatsbürgerlicher Aufklärung.

## Letzte Nachrichten.

### Die Einberufung des Landtags.

Warschau, 5. Februar (P. M. T.) Der heutige „Monitor Polski“ bringt folgendes Dekret über die Einberufung des verfassunggebenden Landtags: Der auf Grund der Wahlordnung vom 28. November 1918 (Amtsblatt Nr. 18, S. 46) gewählte verfassunggebende Landtag wird in der Landeshauptstadt Warschau für den 9. Februar 1919 einberufen.

Der Landeschef: Pilsudski.

Ministerpräsident: J. Paderewski.

### Szeptyckis Rücktritt.

Der Generalstabschef, Graf Szeptycki, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Wie der „Kurjer Warszawski“ erzählt, wurde es angenommen. In militärischen Kreisen wird berichtet, daß als mutmaßliche Nachfolger des Generals Szeptycki die Generale Michailis, Rozwadowski, Sosnowski oder Wisniewicz in Betracht kommen. Endlich bringt der „Przegląd Wojskowy“ die Meldung, daß Chef des polnischen Generalstabes irgend ein Entente-Offizier werden soll, dem als Gehilfe ein höherer polnischer Offizier würde beigegeben werden.

### Dowbor-Musnicki verabschiedet?

Einer Meldung polnischer Blätter zufolge soll der Oberbefehlshaber der polnischen Truppen General Dowbor-Musnicki die Demission erhalten haben.

### Am Polens Grenzen.

Warschau, 5. Februar. (P. M. T.) Generalstabsbericht des polnischen Heeres vom 5. Februar: In der Gegend von Chelmgebiet: Gruppe des Generals Ryz Smiatel: Am 4. Februar, nachmittags, rücken unsere Abteilungen in Komel ein. Der Widerstand der ukrainischen Miliz und Banden Petluros wurde nach kurzem Kampfe gebrochen. Unsere Verluste sind gering.

Ökalogien: Gruppe des Generals Komar: Der Angriff auf Belz wurde mit großen Verlusten für den Gegner abgeschlagen. Vor dem Abschnitt eines unserer Bataillone wurden 57 Leichen gezählt. In einem glänzenden Gefecht, bei welchem sich das 3. Infanterieregiment des Brigadiers Verbecki auszeichnete, wurden 1 Offizier und 75 Mann gefangen genommen und 4 Maschinengewehre erbeutet.

Gruppe des Generals Rozwadowski: Artilleriekampf und kleinere Zusammenstöße.

Deutscher Schloß: Waffenstillstand.

Der Chef des Stabes: Szeptycki.

### England zum schließlichen Konflikt.

Warschau, 5. Februar. (P. M. T.) Präsident Paderewski erhielt von Oberst Wade einen Brief folgenden Inhalts:

### Eure Excellenz!

Ich gebe mir die Ehre, Ihnen mitzutheilen, daß ich von Herrn Vassour ein Telegramm über die Erklärung einer provisorischen Armierung vom 3. Januar 1919 zwischen den polnischen und tschechischen Vertretern hinsichtlich des schließlichen Konflikts erhalten habe. Der Vertrag wurde von Herrn Dmowski, der den Vertretern der Entente für ihre Mitwirkung beim Zustandekommen der Konferenz seinen Dank ausdrückte, bestätigt. Der provisorische Vertrag urteilt:

- Die sofortige Freilassung aller durch die Tschechen gefangen genommenen Polen, einschließlich ihrer Waffen;
- Die Tschechen haben sofort die Versorgung Polens mit Kriegsmaterial vorzunehmen und freie Durchfuhr zu gewähren;
- Die Tschechen haben die Verwaltung der Eisenbahn von Oberg (Station) bis Tschelisch provisorisch einzustellen. Die polnische Okkupation beginnt von den zuletzt angeführten Ortschaften und zieht sich bis zur slowakischen Grenze;
- Die Tschechen garantieren die gleiche Menge von Kohlen für Polen als für die Tschechen;
- Der oben erwähnten internationalen Kommission wird gleichfalls die Untersuchung und Berichterstattung über die endgültige Festlegung der Grenzen übertragen. Es wird hinzugefügt, daß dieser provisorische Vertrag unter der Aufsicht des Föderationskongresses redigiert wurde.

Ich habe die Ehre, mit größter Hochachtung für Sie Ihr gehorsamster und ergebenster Diener zu sein.

gez. G. S. Wade, Oberst,  
Großbritannischer Kommissar in Polen.

### Rücktransport der polnischen Kriegsgefangenen.

Warschau, 5. Februar. (P. M. T.) Das Ministerium des Innern meldet: Von den 100.000 polnischen Gefangenen in Deutschland sind 50.000 bis 60.000 noch nicht zurückgeführt. Der Rücktransport unserer Kriegsgefangenen wurde Mitte Januar auf Grund einer alle Kriegsgefangenen der früheren russischen Armee betreffenden Verordnung der Entente, die die weitere Freilassung der russischen Gefangenen unterläßt, eingestellt. Diese Gefangenen wurden nach der Rückkehr in ihrer Heimat gänzlich ohne Hilfe gelassen oder in die holländische Armee eingereiht; die Offiziere wurden erschossen. Dank der Bemühungen des Herrn Nole, der gegenwärtig in der dänischen Gesandtschaft tätig

ist, erhält die deutsche Regierung die Erklärung der Entente, daß die Verordnungen nur die russischen Gefangenen betreffen. Der Abtransport der polnischen Gefangenen wurde darauf sofort wieder aufgenommen.

### Ausschreitungen gegen Juden.

Krakau, 5. Februar. (P. M. T.) Die „Nowa Reforma“ meldet aus Wieliczka: Anlässlich der Neukreuzhebung für das polnische Heer kam es zu Ausschreitungen gegen die Juden wegen der dortige jüdische Bevölkerung. Von 10 zur Geflüchteten versetzten Juden hatten sich kaum einige gemeldet. Auf die Anfrage, warum sie sich nicht stellen wollten, antworteten sie, daß sie neutral seien. Dieses Verhalten der Juden bei der Neukreuzhebung rief berartige Erbitterung unter der Bevölkerung hervor, daß man sich auf die jüdischen Läden stürzte und einige vollständig zerstörte. Opfer an Menschenleben waren nicht zu beklagen.

### Belagerungszustand in Thorn.

Posen, 5. Februar. (P. M. T.) Ueber das Gebiet der Festung Thorn hat der Gouverneur im Einverständnis mit dem Thorer A- und S-Mat den Belagerungszustand verhängt und das Standrecht proklamiert. Es wurden bereits einige Polen verhaftet.

Thorn, 5. Februar. (P. M. T.) Die Gründe, die zur Verhängung des Belagerungszustandes geführt haben, sind folgende: Am 30. Januar wurden der Unterzahlmeister Rydzki und Andzia unter der Anschuldigung der Spionage verhaftet. Bei Hausdurchsuchungen wurde eine Menge Material vorgefunden, das die polnischen Einwohner Thorns belastet. Weiter wurden 8 Personen wegen Landesverrat verhaftet.

Beranwortlicher Herausgeber und Schriftleiter:  
Hans Grise, Posen.

## Thalia - Theater

Donnerstag, den 6. Februar 1919:

Abends 7 Uhr.

„Die Reise um die Erde in 40 Tagen“

Großes Ausstattungsspiel mit Tanz und Gesang in 11 Bildern nach Jules Verne, von Walter Wassermann.

Freitag, den 7. Februar 1919:

Abends 7 Uhr.

„Die Reise um die Erde in 40 Tagen“

Großes Ausstattungsspiel in 11 Bildern mit Tanz und Gesang nach Jules Verne, von Walter Wassermann.

Sonntag, den 8. Februar 1919:

Nachmittags 3 Uhr.

„Das Dreimäderlhaus“

Operette in 3 Akten von Willy und Richard. Musik von Franz Schubert. Weltvorverkauf täglich.

# Smola

Sprzedaz smoly w ilościach, potrzebnych dla spozycow, odbywa się w naszym cłagu w Gazowni miejskiej, ulica Targowa 18 (dawnej 34) tak dla odbiorców miejskich jak i prowincjonalnych po cenie mk. 30.— za 100 funtów polskich netto, loco gazownia 1 1/2, podatku państwowego, po dostarczeniu odpowiedniej ilości beczek w dobrym stanie.

Konzertdirektion Alfred Strauch

Lodz Symphonie-Orchester  
Konzerthaus

Montag, den 10. Februar d. J.,  
um 8 1/2 Uhr abends:

XVIII. Symphonie-Konzert.

Solistin:  
**Bertha CRAWFORD** (New-York)

Hervorragende amerikanische Sängerin.  
Dirigent: **Bronisław Szulz**.

Im Programm: G. Borodini 2 Symphonie u-moll (1891), W. A. Mozart 3. Symphonie, G. S. Paganini 24. Capriccio, A. V. D. B. 24. Capriccio, A. V. D. B. 24. Capriccio, A. V. D. B. 24. Capriccio.

Partitur u-moll 24. 50 Mk., 1.— nach in der Kasse bei der Direktion Alfred Strauch, Zielstraße 12 zu haben.

Musikdirektor **Frank Pohl**

Abg. v. der 1. u. 2. Violinen zu Breslau u. Dresden u. A. d. N.

zurückgekehrt, emigriert sich als Dirigent von Chor- und Orchestervereinigungen, sowie als Lehrer für Klavier, Violine und Gesang.

Anmeldungen nimmt die Musikschule Winkels, Petrikauer 12, in Pabianice, nahe im Grobelska Straße 5 entgegen.

Waul Kühn, Karola 8.

Lehranstalt für prakt. Handelskunde

Polnische und deutsche  
Dopp. Buchführung, Stenographie, Korrespondenz, Handelsrechnen, Schenkung, Wechsel, etc.

Polnisch, Deutsch, Englisch, Französisch.

Am 9. Februar, um 2 Uhr nachmittags findet im Lokal in der Wulststraße Nr. 11, die

**General-Versammlung**

der Mitglieder der Fleischergesellschaft statt.  
Erforderlich ist eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Mitglieder.

Sie verdienen viel Geld

beim Einkauf von  
**Kristall-, Silber-, Lederwaren**  
und anderen Luxusartikeln.

da das Geschäft sich in Liquidation befindet und nebenbei reich assortiert ist.

**M. Siegelberg,**  
Petrikauer Straße Nr. 45.

Das elektrotechnische Konzeptionsbüro

**L. Brauer & J. Raczmarzki**

Lodz, Petrikauer Straße 284

übernimmt  
alle in das Gebiet der Elektrotechnik einschlagenden Arbeiten. Reparaturen von elektrischen Anlagen und Fernsprechanlagen und Erhaltung derselben.  
Verkauf elektrotechnischer Materialien, Reparaturwerkstatt am Ort.

**Spezielle Hauschilder-Malerei**  
und Melde-Stempel

und der Art zu den billigsten Preisen sofort lieferbar bei  
**D. Stange, Petrikauer Strasse 33.**

Die beste Kaufquelle  
von **Meistern!**

Wollene und halbwollene für Damen, Herren, Kinder, auch vom Kind, zu Monturen, etc., empfiehlt  
**L. Mühle & Co., Zielstraße 16, Parterre.**

Guthe russische oder lateinische Schreibmaschine

guten Systems. Offerten unter „System“ an die Expedition dieses Blattes erbeten.

**Dr. S. Kantor**  
Spezialarzt

für Haut- u. venerische Krankheiten  
Petrikauer Straße Nr. 144.  
Sprechstunden: 10-12 u. 5-7 Uhr nachm.

**Dr. Ludwig Falk**  
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten.

empf. v. 10-12 u. 5-7 Uhr nachm.

**Dr. med. W. Robin**  
Petrikauer Straße 71  
empfängt  
Herz- und Lungenkranke  
von 10-11 und von 4-6 Uhr.

**Hebamme O. RENZ**  
Andreasstraße 19.  
Diplomiert vom Kaiserlichen Institut, mit 20jähriger Praxis.  
empf. täglich von 9-12 vorm. und von 2-6 nachm. Preise unentgeltlich.

**Ordnen**

rückständiger Bücher, Neu-einrichtungen, regelmäßige Abrechnung der Geschäftsbücher, Bilanzabrechnung — übernimmt

**Bruno Buchholz,**  
Przejazdstraße 20, II

Ein einstufiges gemauertes Haus

zu verkaufen. Näheres beim  
Herrn in Dombrowska, Dolna  
Straße 4.

Komplette Einrichtung  
**Möbel**

(Eiche) sind umzugs halber zu verkaufen. Näheres Wladyslaw  
Straße 107, Wohnung Nr. 24.

Wirtschafterin

oder Wirtschafterin zu einer kleinen  
Dame auch nach auswärtig. Off.  
unter „100“ a. d. Exp. d. Bl. erbeten.

**Ranger Mann**  
(Eiche), 27 Jahre alt, ledig, sucht  
Stellung als Gutverwalter  
oder dessen Gehilfe. War einige  
Jahre auf einem Gute tätig und  
längere Zeit in Deutschland. Adresse:  
Babianice, Luga-Straße, Bier-  
halle Namani.

Kontrollierer, welcher polnisch,  
deutsche und russisch versteht,  
gute Zeugnisse besitzt und eine  
Kantion von über 2.000 Rubel  
hinterlegen kann, sucht als solcher,  
als Kassistent od. ähnlichen Posten.  
Off. erbeten unter „G. A. W. 2.000“  
an die Exped. bis 21.

**Milde bezdzietne malzenstwo**  
poszukuje od zaraz umebrowane  
dwu pokoju z kuchnią  
ewent. 1 pokój z kuchnią w cen-  
trum miasta. Of. Lipowa 36,  
m. 2, róg Benedykta.

**Karta węgłowa**  
na imię Almy Bultschkat,  
zagubiona, Proszę o zwrot Piotr-  
kowska 129.

**Landwirtschaft**

mit kompl. Einrichtung aus 15 Morgen Land, davon 1 1/2, M.  
Wiese und 100 wald, 2 Morgen Acker, Obstgarten,  
2 Pferde und Viehbestand, bestehend preiswert zu verkaufen.  
Ankunft erbeten **J. R. R. e, Dąbrowskastr. 58.**